

Ist der Klimaschutz tot?

Autor(en): **Hänggi, Marcel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2011)**

Heft 4: **Klimaschutz : viel heisse Luft!**

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586860>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Foto: dreamstime.com

Ist der Klimaschutz tot?

Ende 2012 läuft das Kyoto-Protokoll aus. Geschieht an der Uno-Klimakonferenz in Durban vom 28. November bis 9. Dezember kein Wunder, wird es die letzte gewesen sein. «Kyoto ist tot» und werde nur mehr «künstlich am Leben erhalten», sagte diesen Sommer Ivo de Boer, der die Uno-Klimaverhandlungen bis Anfang 2010 geleitet hatte. Hat das Kyoto-Protokoll überhaupt etwas von seinen Zielen erreicht? – Eine ernüchternde Bilanz.



Von **MARCEL HÄNGGI**
Historiker & Journalist BR,
info@mhaenggi.ch

Das Kyoto-Protokoll sollte die Ziele des Uno-Rahmenabkommens zum Klimawandel aus dem Jahr 1992 umsetzen: Abwendung einer «gefährlichen anthropogenen Störung des Klimasystems» unter gerechter Verteilung der Lasten «entsprechend den gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, den Fähigkeiten sowie der sozialen und wirtschaftlichen Lage» der jeweiligen Länder. Hat das nun offenbar «tote» Abkommen etwas von diesen Zielen erreicht?

«Kyoto» hat den globalen Anstieg der Emissionen nicht gebremst: Im Vergleich zu 1990 gelangen heute anderthalbmal so viele Treibhausgase in die Atmosphäre. Damit wurden die schlimmsten Szenarien der Klimawissenschaften übertroffen.

Emissionssenkung, Subventionsabbau, Lastenverteilung

Die Treibhausgasemissionen sind nicht gesunken. Das hat auch niemand vom Kyoto-Protokoll erwartet: Das Protokoll auferlegte lediglich einigen als Industriestaaten definierten Ländern verbindliche Reduktionsziele. «Kyoto» hat den globalen Anstieg der Emissionen aber nicht einmal gebremst: Im Vergleich zu 1990, dem Basisjahr des Protokolls, gelangen heute anderthalbmal so viele Treibhausgase in die Atmosphäre, womit die schlimmsten Szenarien der Klimawissenschaften übertroffen wurden.

Zwar liegen die Emissionen der Industriestaaten heute tatsächlich geringfügig unter den Werten von 1990. Doch dieser Rückgang ist fast ausschliesslich dem Zusammenbruch der realsozialistischen Wirtschaften in den 1990er-Jahren und der Verlagerung der Industrieproduktion in die Schwellenländer geschuldet und nicht klimapolitischen Anstrengungen. Um aber das offizielle Uno-Ziel zu erreichen und zu verhindern,

dass sich das Klima um mehr als 2 Grad erwärmt, müssen die Emissionen noch im laufenden Jahrzehnt das Maximum überschreiten und dann massiv abnehmen.

2010 wurden fossile Energieträger weltweit mit 409 Milliarden Dollar subventioniert. Erneuerbare Energien erhielten im selben Jahr 57 Milliarden.

Das Kyoto-Protokoll schreibt weitere Ziele fest. Beispielsweise die «Verringerung oder schrittweise Abschaffung von Marktverzerrungen, steuerlichen Anreizen, Steuer- und Zollbefreiungen und Subventionen, die im Widerspruch zum Ziel des Übereinkommens stehen» – etwas, was auch OECD, G-20, Internationale Energieagentur und Weltbank fordern. Kein Land hat diese Forderung ernsthaft erfüllt (immerhin zwingt die EU Deutschland, seine Subventionierung des Kohlebergbaus auslaufen zu lassen). 2010 wurden fossile Energieträger weltweit mit 409 Milliarden Dollar subventioniert. Zum Vergleich: Erneuerbare Energien erhielten im selben Jahr 57 Milliarden.

Auch mit der gerechten Verteilung der Lasten hapert es. Zwar existiert der «Adaptation Fund», ein Fonds, der vor allem mit einer Abgabe auf die handelbaren Emissionsgutschriften des so genannten «Clean Development Mechanism» (CDM) gespeist wird. Doch mit bisher rund 250 Millionen Dollar bewegt sich dieser Fonds weit unter dem Finanzbedarf der armen Länder zur Anpassung an den Klimawandel. Dieser Bedarf wird von internationalen Organisationen auf mehrere Hundert Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt.

Die Klimakonferenz von Cancún (2010) hat beschlossen, per 2020 einen Fonds zu äufnen, der jährlich 100 Milliarden Dollar umfassen soll («Green Climate Fund»); die Details werden zurzeit ausgehandelt. Woher das Geld kommen soll, ist noch weitgehend offen; selbst die USA, deren Aussenministerin Hillary Clinton diesen Fonds 2009 in Kopenhagen angekündigt hat, wissen nicht, wie sie das versprochene Geld auftreiben wollen. Für die Jahre 2010 bis 2012 wurde zudem eine kurzfristige Finanzierung im Umfang von je 10 Milliarden Dollar beschlossen («Fast Start Finance»). Tatsächlich sind bis Mai dieses Jahres Zusagen für 28 Milliarden für die drei Jahre eingegangen; effektiv geflossen sind davon aber erst 400 Millionen (einen Überblick bietet www.climatefundupdate.org).

All das durfte niemand viel anders erwarten. blieb die Hoffnung, das viel zu schwache Abkommen sei ein Anfang, auf dem eine weitere internationale Klimapolitik aufbauen könne. Seit dem Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen und der Ankündigung mehrerer Industriestaaten, bei «Kyoto» nicht länger mitmachen zu wollen, ist auch von dieser Hoffnung nicht viel geblieben.

Dem Klima nichts gebracht

Erfolgreich war «Kyoto» in einem Punkt: Es hat einen Markt für Emissionsrechte und -gutschriften geschaffen, wenn auch die Unsicherheit, wie es politisch weitergeht, diesen Markt gegenwärtig hemmt. Dem Klima indes hat das nichts gebracht. Im Gegenteil: Viele der so genannten Klimaschutzprojekte, aus denen die Emissionsgutschriften hervorgehen, halten nicht, was sie versprechen, und tragen damit zu einer Netto-Emissionssteigerung bei. Und der Handel mit Emissionsrechten erlaubt den ehemals kommunistisch regierten Staaten, die Emissionsrechte, die sie wegen des Einbruchs ihrer Industrien nicht brauchen, zu verkaufen, mit anderen Worten: Der Rückgang der Emissionen in diesen Ländern erlaubt anderen, umso mehr zu emittieren. «Heisse Luft» nennt der Jargon solche Emissionsrechte mit treffendem Sarkasmus.

Viele der so genannten Klimaschutzprojekte, aus denen die Emissionsgutschriften hervorgehen, tragen zu einer Netto-Emissionssteigerung bei.

Die Bilanz der Schweiz

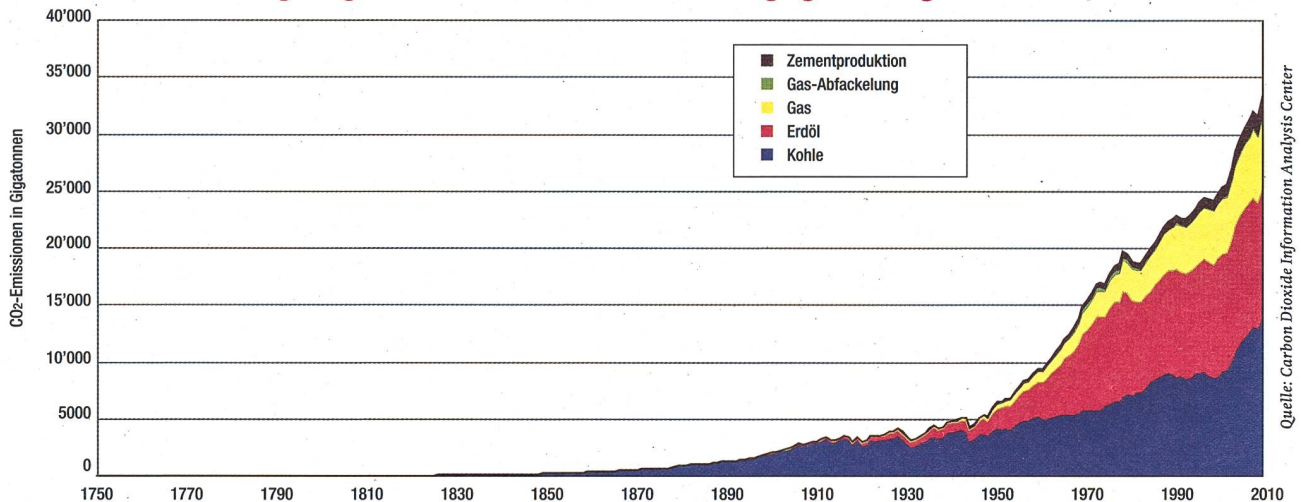
Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, ihre Emissionen gegenüber 1990 um 8 Prozent zu senken. Wie es jetzt aussieht, gelingt lediglich eine Reduktion um 2,3 Prozent; nicht ganz ein weiteres Prozent darf sich die Schweiz anrechnen lassen, weil ihre Waldfläche zugenommen hat. Für den Rest wird die Schweiz Emissionsrechte aus dem Ausland kaufen müssen.

Das ist nicht ganz vertragskonform und entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Laut Protokoll dürfte der Kauf von Emissionsrechten nur «ergänzend» zu den Massnahmen im Inland erfolgen, was in der Regel so ausgelegt wird, dass höchstens die Hälfte der Reduktionsverpflichtung auf dem Emissionsmarkt eingelöst werden darf. Die Schweiz hat sich seinerzeit für die Bestimmung eingesetzt, die sie nun voraussichtlich nicht einhalten kann. Das Scheitern ist dem Verkehr anzulasten: Das CO₂-Gesetz beabsichtigte, die Emissionen aus dem Verkehr um 8 Prozent zu senken, tatsächlich sind sie um 13 Prozent gestiegen.

Was die Subventionen «fossiler oder anderweitig bedenklicher Technologien» angeht, so gibt es in der Schweiz keine – zumindest rapportiert sie es so an die Uno. Es gibt aber einige dem Kyoto-Ziel zuwider laufende Steuerabzüge – beispielsweise fürs Pendeln. Letztere möchte Energieministerin Doris Leuthard reduzieren – dürfte dabei aber noch auf grossen Widerstand stossen.

An der Fast-Start-Finanzierung für die Jahre 2010 bis 2012 beteiligt sich die Schweiz mit 140 Millionen Franken. 125 Millionen davon sind Teil der vom Parlament beschlossenen Entwicklungsgelder in der Höhe von 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die Hilfswerke verlangen, dass dies kein Präzedenzfall sei: In

Entwicklung der globalen CO₂-Emissionen aus Energiegewinnung und Zementproduktion



Die Grafik zeigt die weltweiten CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger sowie der Zementproduktion (ohne die anderen Treibhausgase und ohne CO₂ aus Entwaldung und Landnutzung). Bemerkenswert ist, dass die Menschheit von 1984 bis heute mehr CO₂ in die Atmosphäre geblasen hat als in ihrer gesamten Geschichte zuvor.

Zukunft müssten die Gelder zur Finanzierung von Klimamassnahmen in Entwicklungsländern zusätzlich zur beschlossenen Entwicklungshilfe fließen, sagt Nicole Werner von der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud. Wie sich die Schweiz ab 2013 an der Finanzierung der Klimafolgen in den armen Ländern beteiligt, ist noch offen, doch wird die Schweiz laut BAFU-Sprecher Adrian Aeschlimann lückenlos weiter zahlen. Die Klimaallianz fordert, die Beiträge der Schweiz müssten «ab 2013 stetig steigen», um bis 2020 den jährlichen Betrag von 1 Milliarde Dollar zu erreichen, der dem Schweizer Anteil der 100 Milliarden des «Green Climate Fund» entspricht.

Wir nehmen selten wahr, um welche Dimensionen es geht: Die Welt ist auf Kurs zu einer Erwärmung um 4 oder mehr Grad noch in diesem Jahrhundert.

Die Gründe für das Versagen

Warum hat die Klimapolitik nicht gefruchtet? Die Antwort lautet je nach Land: Es wurden zu schwache oder gar keine Massnahmen ergriffen; es wurden die falschen Massnahmen ergriffen; es wurden die richtigen Massnahmen falsch umgesetzt und / oder es haben politische Entscheide in anderen Bereichen die Anstrengungen des Klimaschutzes zunichte gemacht. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Der Klimawandel hat keine Priorität auf der politischen Agenda, schon gar nicht in der gegenwärtigen Schuldenkrise. Zwar drohen vom Klima weit grössere Gefahren als von der Wirtschaft, doch liegen diese (mehrheitlich) jenseits der Legislaturperioden heute gewählter PolitikerInnen. Auch in den Medien geniesst der Klimawandel so wenig Aufmerksamkeit wie schon lange nicht mehr. Und selbst wer nicht ganz vergessen hat, dass der Mensch das Klima aufheizt, nimmt selten wahr, um welche Dimensionen es

geht: Die Welt ist auf Kurs zu einer Erwärmung um 4 oder mehr Grad noch in diesem Jahrhundert. Der Meeresspiegel könnte um mehrere Meter ansteigen, die Nahrungsmittelproduktion drastisch einbrechen, in Südeuropa ein Klima wie heute in der Sahara herrschen. Angesichts solcher Szenarien ist es grotesk, darüber zu streiten, wie viel Gramm CO₂ pro Kilometer Neuwagen noch ausstossen dürfen.

- Fünf der zehn weltgrössten Konzerne sind Erdölkonzerne, dazu kommen ein Stromnetzbetreiber und zwei Automobilhersteller. Sie alle sind an steigendem Energiekonsum interessiert. In autoritär regierten Erdöl- und Erdgasstaaten (Saudi Arabien, Russland...) existiert Klimapolitik nicht einmal im Ansatz; in Demokratien mit starker Öllobby (Kanada, USA...) wird sie im Ansatz erstickt (immerhin hat sich das Kohleland Australien nun zu einer Klimapolitik durchgerungen, doch wird diese Politik von einer prekären politischen Mehrheit getragen). In Ländern, deren Öl- oder Kohlelobby schwächer ist (EU, Schweiz...), erwartet vor allem die verbrauchende Wirtschaft, deren Vertreter sonst gerne wirtschaftsliberal argumentieren, dass ihnen der Staat billige Energie und billigen Transport garantiert.

- Die Interessen der Staaten, die zu einem gemeinsamen Abkommen finden sollen, gehen weit auseinander. Zwar betrifft der Klimawandel alle. Doch letztlich regelt ein Klimaabkommen, wie gewisse, begrenzte Güter weltweit zu verteilen seien und wer die «Schulden» aus der bisherigen Übernutzung dieser Güter zu begleichen hat. Die reichen Staaten haben kein Interesse, die gegenwärtige krasse Ungleichverteilung zu ändern; die armen kein Interesse, ein Abkommen einzugehen, das die Ungleichverteilung zementiert.

- Zahlreiche Interessengruppen haben die Klimapolitik als Sahnetopf entdeckt. Hausbesitzer lassen

sich gern die Sanierung ihrer Häuser subventionieren, die Atomlobby preist Atomstrom in zahlreichen Ländern noch heute als klimafreundlich an, die Agrarindustrie propagiert Gentechnik und pfluglose, aber herbizidintensive Landwirtschaft als Instrumente des Klimaschutzes, die Autoindustrie profitiert mit ihrer Mär vom umweltfreundlichen (Elektro-) Auto.

■ Unsere Konsumgesellschaft scheint unfähig, in anderen Kategorien als der des Immer-Mehr zu denken, und diese Unfähigkeit verbindet sich mit einem naiven Technikglauben, der gerade unter den Cleantech-ProphetInnen weit verbreitet ist.

Man vergisst, worum es geht: nicht um mehr Erneuerbare, nicht um mehr Energieeffizienz, nicht um mehr Sparlampen und «umweltfreundliche» Autos, sondern um weniger fossile Energien.

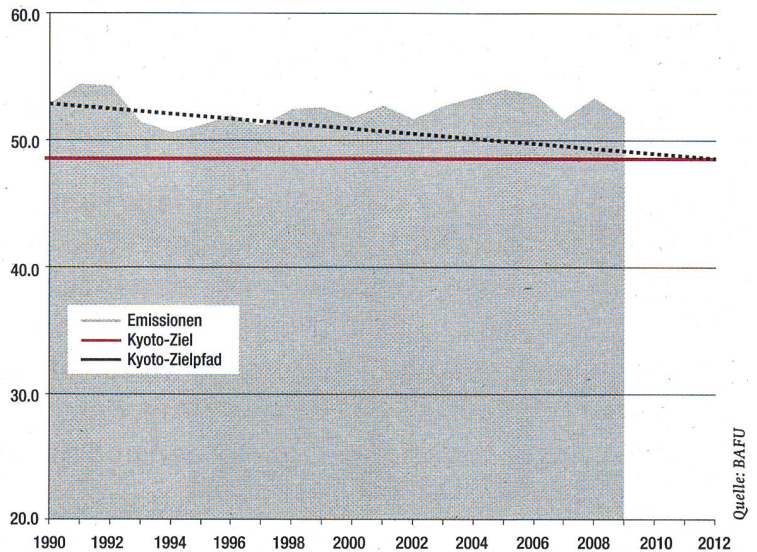
All das führt dazu, dass man vergisst, worum es eigentlich geht: nicht um mehr erneuerbare Energie, nicht um mehr Energieeffizienz, nicht um mehr Sparlampen und «umweltfreundliche» Autos, sondern um weniger fossile Energien. In einem naiven Technikverständnis ist beides dasselbe: Haben wir erst einmal die neuen, «sauberen» und «effizienten» Techniken, werden die alten, «dreckigen» und «ineffizienten» obsolet. Aber so funktioniert Technik nicht. Neue Techniken lösen alte selten ab, sie treten zu ihnen hinzu. Wir verbrauchen heute mehr Papier als vor dem Computerzeitalter, mehr Kohle als vor dem Erdölzeitalter und mehr Brennholz als vor dem Zeitalter der fossilen Energien, und die Dampfkraft, die doch die Menschen von mühseliger Arbeit hätte befreien können, steigerte den Bedarf nach Sklavenarbeit dramatisch. Und seit es Technik gibt, nutzt sie Energie immer effizienter – nie ist deswegen der Verbrauch gesunken. Wenn wir aber zusätzlich zu jeder Kilowattstunde aus fossiler Quelle auch noch eine solare Kilowattstunde konsumieren, oder wenn wir immer effizienter immer mehr verbrauchen: dann haben wir kein Problem gelöst.

Simplem Geistern zu simpel

Gesunken ist der Energieverbrauch in der Geschichte nicht, wenn die Technik besser wurde, sondern wenn Energie knapp und teuer war, etwa in der Schweiz während der Weltkriege. Und die Sklaverei verschwand nicht, weil es etwas Besseres gab, sondern weil sie verboten wurde. Es geht darum zu bannen, was wir nicht mehr haben wollen. Ansätze, fossile Energieträger zu verteuern oder zu begrenzen, gibt es. So setzt die Schweiz auf eine an sich sinnvolle CO₂-Abgabe, die EU (und neuerdings Australien) auf das sinnvolle Instrument des «Cap and Trade» (Emissionshandel). Doch die Schweizer CO₂-Abgabe ist zu tief, und ausgerechnet der Verkehr ist von ihr ausgenommen, während die Politik des Ausbaus sämtlicher Verkehrsträger weitergeht. Der Emissionshandel der EU ist auf die dümmst-

Treibhausgasemissionen der Schweiz 1990 bis 2010

in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten



Entwicklung aller im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgasemissionen der Schweiz seit 1990: Der Schweiz gelingt voraussichtlich lediglich eine Reduktion um 3,3% (inklusive Reduktionsleistung des Waldes) statt 8%. Für den Rest wird die Schweiz Emissionsrechte aus dem Ausland kaufen müssen.

mögliche Art umgesetzt und voller Schlupflöcher und dadurch nicht nur weitgehend wirkungslos, sondern auch ungeheuer lobbyismus-, betrugs- und korruptionsanfällig (lesen Sie dazu den E&U-Artikel, Seiten 10–11). Wären die CO₂-Abgaben genug hoch, die Vorgaben des Emissionshandels genug streng und alle Schlupflöcher gestopft, brauchte man die Hausbesitzer nicht zu subventionieren (zumal die Erfahrung der Stiftung Klimarappen zeigt, dass ein Gebäudeprogramm weit weniger bringt als erwartet) und müsste keine Effizienzvorschriften erlassen. Dann wäre auch ohne diese marktverzerrenden Instrumente genug Anreiz geschaffen, Häuser zu isolieren, bessere Geräte zu kaufen – oder ganz einfach mit weniger zufrieden zu sein. Und vielleicht würde sich dann zeigen, dass statt immer «effizienteren» Fahrzeugen (besser: immer weniger ineffizienten) weniger Verkehr die bessere und menschenfreundlichere Alternative wäre.

Klimapolitik ist so simpel: Es geht darum, fossile Energieträger vom Markt fern zu halten.

Klimapolitik ist im Grund so simpel: Es geht darum, fossile Energieträger vom Markt fern zu halten. Diese entwaffnende Einfachheit ist, so scheint es, ein grosses Hindernis: Sie zeigt uns klarer, als wir es wissen wollen, dass wir energetisch auf zu grossem Fuss leben. Da lügt man sich lieber mit undurchschaubaren Konstruktionen an und verbietet Glühbirnen, um nicht nichts zu tun. Oder wie es die Wirtschaftszeitschrift «The Economist» einst treffend sarkastisch geschrieben hat: Der grösste Vorteil des Emissionshandels in seiner Ausgestaltung der EU liegt in seiner Kompliziertheit und Intransparenz.